

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 84 (2004)
Heft: 12-1

Artikel: Demokratie, Parteien und Basisbewegungen : Abkehr vom Parteienstaat?
Autor: Gärtner, Edgar
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-167078>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Demokratie, Parteien und Basisbewegungen

Abkehr vom Parteienstaat?

Edgar Gärtner

Die Deutschen sind im Grunde noch immer viel obrigkeitgläubiger als das nach aussen den Anschein erweckt. Dennoch haben inzwischen auch in Deutschland Parteienschele und genereller Politikverdruss Konjunktur. Angesichts der Reformblockade, in die das herkömmliche Parteiensystem geführt hat, können sich in der Tat immer mehr Bürger vorstellen, ein nach dem Losverfahren zusammengesetztes Gremium würde wohl raschere und vernünftiger Beschlüsse fassen als der heutige Berliner Bundestag mit seinen der Parteidisziplin unterworfenen Fraktionen. Ohnehin ist kaum mehr auszumachen, wofür die Parteien bei dringenden Problemen wie der Reform des Arbeitsmarktes, der sozialen Sicherung und des Gesundheitswesens eigentlich stehen und wo sie sich voneinander unterscheiden.

Mit dem Begriff der Demokratie verbanden die alten Athener die zeitlich streng befristete Besetzung öffentlicher Ämter nach dem Zufallsprinzip. Die Verlosung der Sitze im «Rat der 500» und anderer Gremien, die Begrenzung der Amtszeit der Magistrate auf höchstens ein Jahr und das Verbot, die gleiche Funktion zweimal hintereinander auszuüben, gab zumindest den etwa 30000 Vollbürgern Athens reale Chancen, wenigstens einmal in ihrem Leben öffentliche Verantwortung ausüben zu können. Dabei sahen die Athener im Ergebnis des Loseziehens mit schwarzen und weissen Bohnen das Wirken der Götter im Spiel, was diejenigen legitimierte, die durch das Los zu Amt und Würde gelangt waren.

Solche Losverfahren gab es (neben Wahlen) nur im demokratischen Athen, während es im oligarchisch regierten Sparta ausschliesslich Wahlen gab. Eine Abkehr vom Losverfahren und dem damit verbundenen raschen Wechsel der politischen Verantwortungsträger gab es in Athen bezeichnenderweise nur in Kriegssituationen. So konnte Perikles vierzehn mal in Folge als Strategie wiedergewählt werden. Noch Aristoteles, der Zeuge des Niedergangs von Athen wurde, sah deshalb in Wahlen ganz selbstverständlich eine

Begleiterscheinung, wenn nicht die Grundlage von Oligarchien.

Politische Parteien spielen eine wichtige Rolle bei der Rekrutierung von Berufspolitikern, sind aber offenbar unfähig, Reformziele zu formulieren, die Nachhaltigkeitskriterien halbwegs standhalten. Die durch Wahlen mögliche Ablösung einer Regierungs-

***Die durch Wahlen mögliche Ablösung einer
Regierungskoalition durch eine andere kann nicht mehr
als den Schein eines Wechsels erzeugen.***

koalition durch eine andere kann nicht mehr als den Schein eines Wechsels erzeugen. Statt einer Demokratie nach antikem Vorbild gibt es in Deutschland eine Wahlmaschine mit roten, schwarzen, grünen und gelben Knöpfen. Die Wahlberechtigten können ihre Lieblingsfarbe eingeben, der Automat druckt aber immer annähernd identische Regierungsprogramme aus. Bei wichtigen Entscheidungen, wie etwa der Euro-Einführung, werden sie ohnehin gar nicht erst gefragt.

Insofern haben die neuen ausserparlamentarischen Bewegungen um das Netzwerk ATTAC sicher recht, wenn sie auf die Verkommenheit des Parteiensystems hinweisen. Dennoch stimme ich jenen zu, die in sogenannten Basisbewegungen eher eine Bedrohung der Demokratie als eine Chance für deren Erneuerung sehen. Wer Parteienfilz, politische Machenschaften, neue Techniken und den Freihandel gleichzeitig ablehnt, ohne anzugeben, wie Hunger und Unfrieden in der Welt besser überwunden werden können, kann dadurch populistischen Diktatoren den Weg bereiten. ■

Edgar Gärtner, geb. 1949, hat in Frankfurt am Main und Marseille Biologie und Politikwissenschaft studiert. Er ist freier Wissenschaftsjournalist in Frankfurt am Main.